



## Beschlusskammer 8

### **Hinweis zur Rückerstattung des Restwerts investiver Vorteile (§ 13c Abs. 2 Satz 2 und Satz 3, Abs. 4 Satz 2 und Satz 3 EnWG)**

Die Bildung der Netzreserve und der Einsatz von Energieerzeugungsanlagen erfolgt gemäß § 13d Abs. 3 Satz 1 EnWG auf Grundlage von Verträgen, die in Abstimmung mit der Bundesnetzagentur nach Maßgabe der Bestimmungen der Netzreserveverordnung (NetzResV) zwischen dem Anlagenbetreiber und dem Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) abzuschließen sind (siehe auch §§ 1 Abs. 2, 5 Abs. 1 NetzResV). In diesen Verträgen ist gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 NetzResV insbesondere der Umfang der Kostenerstattung für die Nutzung der Anlage in der Netzreserve festzulegen.

Bestandteil der Vergütungsregelungen sind auch etwaige durch den Anlagenbetreiber am Ende der Vorhaltung in der Netzreserve gegenüber dem ÜNB zu erstattende investive Vorteile. Ein Anlagenbetreiber soll kostenseitig nicht besser und nicht schlechter stehen, als er im Fall einer endgültigen Stilllegung oder im Fall einer Marktrückkehr nach vorläufiger Stilllegung ohne zeitweiligen Betrieb seiner Anlage in der Netzreserve gestanden hätte. Ziel des Gesetzgebers ist es, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Die nachfolgenden Hinweise dienen dazu, die praktische Anwendung und Auslegung der Regelungen zur Rückerstattung des Restwerts investiver Vorteile auszugestalten. Die Abstimmung der Netzreserveverträge wird dadurch vereinfacht. Aus Sicht der Beschlusskammer sollen die Hinweise bzw. die Inhalte des Hinweisepapiers in die Netzreserveverträge überführt werden.

#### **I. Allgemeines**

Eine gesetzliche Definition des zu berücksichtigenden investiven Vorteils gibt es nicht. Ein investiver Vorteil kann jeder Vermögenswert sein, den der Anlagenbetreiber durch Erhal-

tungs- und Betriebsbereitschaftsauslagen in der Netzreserve erhalten hat, der unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten einem wiederverwertbaren Anlagenteil zugeordnet werden kann, zu einer Verbesserung geführt hat und der damit zu einer potenziellen Erhöhung des Wiederverkaufswerts eines wiederverwertbaren Anlagenteils führen kann.

Eine Prüfung über die Rückerstattung des Restwerts investiver Vorteile setzt voraus, dass eine vorläufig stillgelegte Anlage wieder zurück an den Markt kehrt (§ 13c Abs. 2 Satz 3 EnWG) oder endgültig stillgelegt wird (§ 13c Abs. 4 Satz 3 EnWG).

Der Gesetzgeber hat die Rückerstattung des Restwerts des investiven Vorteils eingeführt, um zum einen bei einer Marktrückkehr einer Anlage sicherzustellen, „dass der Anlagenbetreiber bei einer Rückkehr an die Strommärkte keine Vorteile erhält, die weit überwiegend investiver Natur sind und ihn gegenüber anderen Marktteilnehmern privilegieren würde.“ (BT-Drucks. 18/7317 S.92).

Zum anderen sieht er diese Rückerstattungspflicht bei einer endgültigen Stilllegung einer Anlage, wobei sich diese auf die wiederverwertbaren Anlagenteile bezieht. „Wiederverwertbar sind alle technischen Anlagenteile, die nach der endgültigen Stilllegung der Anlage ausgebaut und in einer anderen Energieerzeugungsanlage verwendet werden können.“ (BT-Drucks. 18/7317 S.93)

Während der Vorhaltung in der Netzreserve kann somit ein investiver Vorteil beim Anlagenbetreiber z.B. durch die Inanspruchnahme von einmaligen Kosten für die Herstellung der Betriebsbereitschaft der Anlage entstehen. Damit zusammenhängend geht die Verbesserung des Nutzungszustands und somit eine Erhöhung des Vermögenswertes einher.

## **II. Welcher Zeitpunkt ist für die Erstattung des Restwerts investiver Vorteile maßgeblich?**

Wird die Anlage nach dem Ende des Stilllegungsverbots endgültig stillgelegt (oder kehrt bei einer vorläufigen Stilllegung in den Markt zurück), so ist der Restwert investiver Vorteile, die der Anlagenbetreiber im Rahmen der Erhaltungs- und Betriebsbereitschaftsauslagen erhalten hat, an den ÜNB zu erstatten.

Gemäß § 13c Abs. 4 Satz 3 EnWG ist im Fall der **endgültigen Stilllegung** für die Bestimmung des verbliebenen investiven Vorteils der Restwert zu dem Zeitpunkt maßgeblich, ab dem die Anlage nicht mehr in der Netzreserve vorgehalten wird.

Nach § 13c Abs. 2 Satz 3 EnWG gilt im Fall der **vorläufigen Stilllegung** für die Bestimmung der verbliebenen investiven Vorteile der Restwert zu dem Zeitpunkt, ab dem die Anlage wieder eigenständig an den Strommärkten eingesetzt wird. Dabei kommt es nicht auf den Zeitpunkt der erstmaligen marktgetriebenen Einspeisung von Wirk- oder Blindleistung an. Ein Einsatz liegt vielmehr vor, soweit eine Systemrelevanz-Periode ausläuft, ohne dass der Anlagenbetreiber für den daran anknüpfenden Zeitraum erneut die Stilllegung der Anlage angezeigt hat und mithin wieder an den Märkten agieren kann.

### **III. Wie wird ein etwaiger zu erstattender Restwert der investiven Vorteile ermittelt?**

Nachfolgend wird das Vorgehen zur Bestimmung des zu erstattenden investiven Vorteils genauer beschrieben.

- **1. Schritt: Prüfung, ob eine Investition vorliegt**

Bei *vorläufigen und endgültigen Stilllegungen* ist zunächst festzustellen, ob die Maßnahme überhaupt eine Investition darstellt.

- **2. Schritt: Prüfung der Weiterverwertbarkeit bei endgültigen Stilllegungen**

Bei *endgültigen Stilllegungen* muss neben der Bewertung, ob die Maßnahme eine Investition darstellt, geprüft werden, ob eine Wieder-/ Weiterverwertbarkeit vorhanden ist. Dies ist anhand folgender Stufen vorzunehmen:

- **1. Stufe: Veräußerung am Markt oder im Konzernverbund**

Der Anlagenbetreiber versucht eigenständig oder mittels eines unabhängigen Vermarkters, die entsprechenden Anlagenteile, bei denen eine Investition vorgenommen wurde, am Markt zu veräußern. Die Vermarktung ist durch Beibringung tauglicher Unterlagen (Kaufvertragsurkunde, Bestellschein, Rechnung etc.) nachzuweisen. Kann die Vermarktung nicht erfolgen, ist der Versuch nachzuweisen. Alternativ zur Vermarktung kann eine direkte Veräußerung zum AfA-Restwert im Konzernverbund erfolgen.

- **2. Stufe:** *Sofern eine Veräußerung am Markt oder im Konzernverbund nicht möglich ist, kann eine Veräußerung im Konzernverbund unter dem AfA-Restwert erfolgen*

Der Anlagenbetreiber hat bei nachgewiesener, nicht erfolgreicher Veräußerung im Rahmen der Stufe 1 die Möglichkeit der konzerninternen Vermarktung unter dem AfA-Restwert. Der Veräußerungspreis muss jedoch höher sein als der Schrottwert.

- **3. Stufe:** *Sofern eine Veräußerung im Konzern unter dem AfA-Restwert nicht möglich ist, hat eine Erstattung des Schrottwerts zu erfolgen*

Zur Ermittlung der Erlöse, die im Zusammenhang mit der Materialverwertung erzielt werden können, kann ein unabhängiger Vermarkter eingesetzt werden. Die Vermarktung im Rahmen der Verwertung ist durch Beibringung tauglicher Unterlagen nachzuweisen. Sofern keine Verwertung vom Anlagenbetreiber gewünscht ist, erfolgt trotzdem eine Erstattung des ermittelten Schrottwerts, der zu belegen ist. In diesem Fall dürfen die Anlagenteile nicht weiterverwendet werden.

- **3. Schritt: Berechnung der Höhe des zu erstattenden investiven Vorteils**

Hierzu sind die untenstehenden Kategorien zu berücksichtigen:

**Kategorie 1:** Investitionen < 10.000 Euro werden aus Vereinfachungsgründen nicht als investiver Vorteil aufgeführt und berechnet. Der vorgenannte Schwellenwert darf nicht künstlich durch Stückelungen herbeigeführt werden.

**Kategorie 2:** Investitionen bei Gütern und Software (z.B. Leittechnik) > 10.000 Euro werden grundsätzlich als investiver Vorteil gesehen. Die Werte investiver Vorteile sind unverzüglich nach Beendigung der Bindung in der Netzreserve zu bestimmen und zu erstatten. Die Einbaukosten werden dabei dem Wert der Investition hinzuge-rechnet.

Erfolgt eine Veräußerung am Markt, entspricht die Höhe der zu erstattenden investiven Vorteile dem höchstmöglich erzielbaren Wert am Markt.

Als Grundlage soll die Restwertermittlung der zu erstattenden investiven Vorteile grundsätzlich auf Basis der Nutzungsdauern gemäß der Abschreibungstabelle für die Absetzung für Abnutzung (AfA) des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) für

den Wirtschaftszweig Energie- und Wasserversorgung in der geltenden Fassung erfolgen.

**Verwendung der Nutzungsdauern aus der AfA-Tabelle zur Ermittlung der Restwerte in der Bilanzbuchhaltung des Anlagenbetreibers**

Sofern die AfA-Tabelle des BMF bei der Berechnung der Restwerte zu Grunde gelegt wurde, wird der Restwert eines investiven Vorteils wie folgt berechnet:

$$\text{Restwert eines investiven Vorteils} = \text{Rechnungswert} - \text{Rechnungswert} \times \frac{\text{Nutzungsdauer}}{\text{Nutzungsdauer gem. AfA-Tabelle}}$$

Von diesem Grundsatz kann im Ausnahmefall nach Abstimmung mit der BNetzA wie folgt abgewichen werden.

○ **Alternative 1: Abstimmung einer angemessenen Nutzungsdauer**

Es ist eine angemessene Nutzungsdauer zwischen Anlagenbetreiber und ÜNB abzustimmen. Behelfsweise wird die Nutzungsdauer durch einen unabhängigen Gutachter ermittelt.

○ **Alternative 2: Ermittlung der Restwerte auf Basis der Bilanzbuchhaltung des KWB**

Sofern der Anlagenbetreiber im Ausnahmefall andere Nutzungsdauern, als in der AfA-Tabelle des BMF aufgeführt, heranzieht, hat er dies zu begründen. Hierzu hat der Anlagenbetreiber ein Wirtschaftsprüferattest vorzulegen, aus dem hervorgeht, weshalb der Restwert eines investiven Vorteils nicht entsprechend der Nutzungsdauer gem. AfA-Tabelle berechnet wurde. Dann können diese abweichenden Nutzungsdauern und die daraus resultierenden Restwerte im Rahmen der Ermittlung des zu erstattenden investiven Vorteils zu Grunde gelegt werden.

○ **Alternative 3: Bestimmung der Nutzungsdauer anhand historischer Nutzungsdauern**

Die Nutzungsdauer einer Investition kann ebenfalls anhand der Nutzungsdauer gleicher historischer Investitionen bestimmt werden. Dann wird die sachgerechte Nutzungsdauer auf Basis der Nutzungsdauer des vormals ersetzten Gutes / der vormals ersetzten Software ermittelt.

- **Alternative 4:** *Investition wurde nicht mit dem Rechnungswert buchhalterisch erfasst*

In diesem Fall ist eine Begründung vorzulegen und der Nachweis muss über entsprechende Testate und Gutachten erfolgen.

Soweit ein unabhängiger Gutachter oder Sachverständiger für die Restwertermittlung hinzugezogen wird, ist dieser vom ÜNB zu bestellen. Die Kosten für die Bestellung des Sachverständigen können gegenüber der BNetzA angesetzt werden, soweit diese unter Beachtung des Wirtschaftlichkeitsprinzips angefallen sind. Falls sich der ÜNB im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse dazu entscheidet eine eigene Beurteilung vorzunehmen, ist diese in geeigneter Weise zu dokumentieren. Das Wirtschaftlichkeitsprinzip wird analog zum „4-Stufen Modell“ des Umgangs mit den Kosten der Herstellung der Betriebsbereitschaft nach § 13c Abs. 1 S.1 Nr. 1 lit. a EnWG angewendet.

**Kategorie 3:** Bei Dienstleistungen > 10.000 Euro wird vom ÜNB eine Einzelfall-Betrachtung vorgenommen und entschieden, ob es sich um eine Investition handelt. Dabei wird bei Bedarf über ein Gutachten bewertet, welcher Teil einer Maßnahme einen investiven Vorteil darstellt und welcher Wert sowie Lebenszyklus anzusetzen ist. Reine Wartungsarbeiten werden nicht als investiver Vorteil angesehen.